

Pressemitteilung

Skandalöse Abwertung psychotherapeutischer Leistungen gefährdet psychotherapeutische Versorgung in Deutschland

Verbände rufen gemeinsam zu Demonstrationen und Petitionszeichnung auf

Berlin, 16.03.2026: Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) sowie dessen Fachsektion Verband Psychologischer Psychotherapeut*innen (VPP) ist entsetzt über die jüngste Entscheidung des Bewertungsausschusses, die Vergütung ambulanter psychotherapeutischer Leistungen zum 1. April 2026 um 4,5 Prozent abzuwerten. Diese Kürzung trifft die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland ins Mark und gefährdet die wirtschaftliche Existenz vieler psychotherapeutischer und psychiatrischer Praxen. Gemeinsam mit dem Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) und weiteren Berufsverbänden lehnen wir diese Entscheidung entschieden ab und kündigen gemeinsame Schritte an, um die Interessen der Psychotherapeut*innen und Patient*innen zu vertreten und die psychotherapeutische Versorgung zu sichern.

Die Abwertung betrifft insbesondere genehmigungspflichtige Leistungen, Psychotherapeutische Sprechstunden und Akutbehandlungen. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung der Strukturzuschläge um 14,25 Prozent beschlossen, welche aber nur einen Teil der abgerechneten Leistungen betrifft und die Kürzung in keiner Hinsicht ausgleichen kann. Die Argumentation des unparteiischen Vorsitzenden, Prof. Dr. Jürgen Wasem, Psychotherapeut*innen lägen bereits über der Mindestvergütung, ignoriert die realen Herausforderungen: steigende Praxis- und Lebenshaltungskosten, unsichere Planungsgrundlagen und die wachsende Belastung durch Wartezeiten für Patient*innen.

Die Folgen für Praxen und Patient*innen sind immens: Die Abwertung führt zu einer konkreten Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere in Praxen für Kinder- und Jugendliche sowie Praxen mit spezialisierten Angeboten. Die Unsicherheit über zukünftige Vergütungsanpassungen erschwert die langfristige Planung noch und gefährdet die Sicherstellung und die Qualität der Versorgung.

Unser Appell an die Politik: BDP und VPP fordern die Politik auf, die Bedeutung der psychotherapeutischen Versorgung anzuerkennen und die Kürzungen zurückzunehmen. Die geplante Überprüfung der Vergütungssystematik muss zu einer fairen und nachhaltigen Lösung führen. „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie die psychotherapeutische Versorgung weiter ausgehöhlt wird“, betont der VPP-Vorstand und führt weiter aus: „Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Partnerverbänden werden wir laut und sichtbar für faire Rahmenbedingungen kämpfen.“

Geplant ist eine gemeinsame Beanstandung des Beschlusses des gemeinsamen Bewertungsausschusses beim Bundesministerium für Gesundheit durch die psychotherapeutischen Verbände. Um auf die Misere aufmerksam zu machen, sind zudem Demonstrationen geplant und auch eine Petition gegen die Kürzungen wurde auf den Weg gebracht (<https://c.org/kGVmqxCBwr>), die wir als Verband unterstützen. Besonders in Zeiten von Multi-Krisen steigt der Bedarf an psychotherapeutischen Unterstützungsleistungen. Eine Verschlechterung der psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung geht uns deshalb alle an.

Ihre Ansprechpartnerin:

Bettina Genée

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Phone: +49176 58868222

Mail: presse@bdp-verband.de